

Herfried Münkler

1914/2014. DIE LANGEN WURZELN DER JÜNGSTEN KONFLIKTE IN EUROPA UND IM NAHEN OSTEN

1. Die Tücke der Gedenkjahre

Am Anfang des Jahres 1989, als die Gedenkfeiern zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution begannen, dachte niemand daran, dass Europa im Jahr 1989 von der Geschichte eingeholt werden könnte und wieder eine große, den Gang der Dinge grundlegend verändernde Revolution erfolgen würde. Ich war damals an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main mit der Vertretung einer Professur beauftragt und hatte ein Hauptseminar über Theorien der Französischen Revolution angeboten. Die Veranstaltung war hoffnungslos überfüllt, die Teilnehmer saßen zum Teil auf dem Fußboden, es war jedenfalls nicht so einfach, einen geordneten Seminarbetrieb in Gang zu bringen. Wir befassten uns mit dem Verlauf der Revolution, dem Prozess der Radikalisierung, der Politik des Terreur und schließlich der Frage, wann die Revolution beendet worden sei: Mit dem Sturz Robespierres, mit dem Staatsstreich Napoleons oder erst mit dessen Niederlagen bei Leipzig und Waterloo? Danach ging es um das Wiederaufflackern der Revolution in den Jahren 1830, 1848 und 1870, dem Jahr der Pariser Commune, sodann um die beiden Revolutionen von 1917 in Russland und deren Verhältnis zur Französischen Revolution, abschließend um den Pariser Mai 1968. Dann wurde die Klausur geschrieben, nicht ohne einen Schuss Ironie am 14. Juli 1989, dem Tag des Sturms auf die Bastille, dann kamen die Sommerferien. Als ein paar Monate später das Wintersemester 1989/90 begann, waren die Vorzeichen einer revolutionären Veränderung in Mitteleuropa unübersehbar. Dann fiel die Mauer, dann verschwand die DDR, und schließlich gab es auch keine Sowjetunion mehr. Wir waren Zeitzeugen eines revolutionären Umsturzes von weltgeschichtlichem Ausmaß geworden, und der Vergleich zwischen den Jahren 1789 und 1989 hatte mich und die aufmerksameren unter meinen damaligen Studenten dabei einige Ähnlichkeiten und viele Unterschiede beobachten lassen.

Auch das Gedenkjahr 2014 hatte im politischen Kalender mit einer Reihe von Festveranstaltungen begonnen, deren Kernbotschaft lautete, dass sich die Ereignisse vom Juli/August 1914 zumindest in Europa nicht wiederholen würden: Erstens, weil wir aus

der Geschichte gelernt hätten, zweitens, weil es heute in Europa institutionelle Strukturen, NATO, EU, OSZE, gebe, die einen Krisenverlauf wie den vom Sommer 1914 verhindern würden, und drittens, weil Konsultation und Kooperation im politischen Prozess so selbstverständlich geworden seien, dass es allein deswegen zu einer Krise wie der im Juli 1914 nicht kommen könne. Das alles klang sehr gut und zuversichtlich, wie sich das für Gedenkveranstaltungen ja auch gehört, wenn diese auf politische Katastrophen gewaltigen Ausmaßes zurückblicken: Es gab diese Katastrophen, aber es wird sie nicht mehr geben. Der Schrecken und Schauer, der einem bei der Erinnerung an das Vergangene ergreift, wird gebändigt von der Zuversicht, davon durch den sicheren Abstand der Zeit und die vielfältigen Lernprozesse getrennt zu sein. – Und dann brach plötzlich der Krieg in der Ostukraine aus, es kam zur russischen Annexion der Krim, und der syrische Bürgerkrieg eskalierte durch die überraschenden Erfolge der IS-Milizen zum Levantekrieg, der eine ganze Region erfasste, sie mit Gewalt überzog und ins Chaos stürzte. Schon stand die Frage im Raum, ob sich 1914 womöglich doch wiederholen könne und ob die Ukraine heute womöglich das sei, was 1914 der Balkan gewesen ist: das Zündholz, das einen großen Raum in Brand setzt. Mit einem Mal fühlten wir uns von 1914 nicht mehr so unendlich weit weg, und die Geister der Vergangenheit schienen wiederaufzuerstehen.

Nun sollte man mit historischen Analogien grundsätzlich vorsichtig sein. In der Regel werden sie vorschnell gezogen, und einige Parallelen werden in ihrer Bedeutung überschätzt. Wir ziehen solche Analogien, weil wir uns in einem Meer der Ungewissheit Orientierung verschaffen wollen. In der großen Politik ist die historische Analogie das, was in der Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung die Extrapolation statistischer Daten in die Zukunft ist. Die Linien und Kurven sagen dann demographische Entwicklungen oder ökonomische Zyklen voraus und geben uns Hinweise, was wir jetzt sinnvollerweise tun sollten, tun könnten. Aber in der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es keine großen Datenmengen, und dementsprechend ist eine Extrapolation der Gegenwart in die Zukunft nicht möglich. An deren Stelle tritt dann die historische Analogie. Sie ist der Krückstock, auf den wir uns stützen, wenn wir nach Orientierung suchen. Eigentlich sagen solche Analogien mehr über unsere Orientierungsbedürftigkeit aus als über den vorhersehbaren Gang der Ereignisse.

Man sollte den Analogien also misstrauen. Aber man muss akzeptieren, dass wir ohne sie nicht auskommen, dass wir auf sie angewiesen sind. Wie also können wir sie valide

machen, sie so aufrüsten oder optimieren, dass sie uns wirkliche Orientierung verschaffen und nicht in die Irre führen? Als erstes ist daran zu erinnern, dass der Vergleich etwas anderes ist als eine Gleichsetzung. Im Vergleich beobachten wir Ähnlichkeiten, aber eben auch Unterschiede. Die Gleichsetzung hingegen lässt die Unterschiede unter den Tisch fallen und verzerrt dadurch das Bild. Man könnte auch sagen, sie überzeichnet die Ähnlichkeiten. Die Herstellung von Analogien ist ein Überzeichnen der Ähnlichkeiten und eine systematische Vernachlässigung der Differenzen. Wer Irreführung durch Analogisierung vermeiden will, muss ein Auge für die Unterschiede haben, die bei jedem Vergleich zu beobachten sind. Erst wenn man diese Unterschiede nicht aus dem Auge verliert, kann man die Ähnlichkeiten angemessen gewichten. Beginnen wir also damit.

Es ist dies auch ein Versuch, sich den Suggestionen der Gedenkjahre zu entziehen, die ihren ganz eigenen Hang zur Analogiebildung haben. Aber wenn wir uns noch einmal der Relation 1989/1789 erinnern: Was in Mitteleuropa damals in Gang gesetzt wurde, nahm schließlich einen ganz anderen Verlauf als die Französische Revolution. Man sprach schon bald von der „friedlichen Revolution“, und das allein war ein folgenreicher Unterschied zu 1789 und den anschließenden Ereignissen, als die Revolution nicht nur den Dauerbetrieb des Fallbeils, sondern auch eine Abfolge von Kriegen nach sich zog, die Europa in einem Meer von Blut versinken ließen. Die Ansammlung protestierender Bürger, ihre öffentlichen Kundgebungen und Umzüge, der Sturm der Bastille und der Sturm auf die Stasi-Zentralen – all das sind nur *einige* Ähnlichkeiten bei *vielen* Unterschieden.

2. *Postimperiale Räume und neoimperiale Träume*

Wenn man den Ersten Weltkrieg nicht in seinem Verlauf betrachtet, sondern ihn strukturell analysiert, so stellt man fest, dass er eigentlich aus mindestens drei Kriegen „zusammengesetzt“ war, nämlich dem um die europäische Hegemonie, dem um die Weltordnung des 20. Jahrhunderts und dem um die politische Ordnung in Mittel- und Osteuropa sowie in Kleinasien und im Vorderen Orient. Es wurde zum Großen Krieg, wie ihn die Briten und Franzosen noch heute nennen, weil diese drei Konflikte zusammenflossen und dem Konfliktgeschehen eine solche Dynamik verliehen, dass es von der Politik nicht mehr beherrscht werden konnte, dass es einen ‚Eigensinn‘ entwickelte, gegen den die politischen Akteure nicht mehr ankamen, selbst wenn sie das wollten bzw. gewollt

hätten. Das ist der erste Hinweis, der aus dem Vergleich 1914/2014 erwächst: der Levantekrieg und der Ukraine Konflikt müssen räumlich begrenzt, also lokalisiert werden, und es ist alles zu unterlassen, was zu einer Vermengung beider Kriege miteinander oder dieser Kriege mit anderen Kriegen führen kann. Solange das gelingt, kann die Politik der Herr des Geschehens bleiben. 1914 ist man einen anderen Weg gegangen, als alle am Krieg beteiligten Großmächte in Europa darauf gesetzt haben, die vorhandenen Konflikte miteinander zu verbinden.

Schauen wir uns die genannten drei Teilkriege im Ersten Weltkrieg etwas genauer an: Da ist als zunächst der Konflikt um die Hegemonie über West- und Mitteleuropa; dieser Konflikt wird seit zwei Jahrhunderten, seit Ludwig XIII., zwischen Deutschland und Frankreich ausgetragen. Die Spitze dieses Konflikts ist im Jahre 1914 der Streit um Elsass-Lothringen, aber es geht um mehr als die politische Zugehörigkeit dieses Grenzraums. Dieser Konflikt ist 1914 latent, aber nicht akut und allein seiner wegen wäre der Krieg damals sicherlich nicht ausgebrochen. Dieser Konflikt war im Übrigen 1918/19 nicht zu Ende, sondern spielte im Zweiten Weltkrieg erneut eine Rolle. Man kann sagen, dass beide Staaten erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts es geschafft haben, diesen Konflikt zu beenden und an die Stelle der „Erbfeindschaft“ die deutsch-französische Freundschaft zu setzen, eine Freundschaft, die über das Politische hinaus in sakralen Akten – de Gaulle und Adenauer in der Kathedrale von Reims, Mitterrand und Kohl in Verdun, beides Gedenkort des Ersten Weltkriegs – besiegelt worden ist. Von der Montanunion über die EWG bis zur EU läuft die politische Lösung des Konflikts darauf hinaus, dass beide, Deutschland und Frankreich, die Hegemonie gemeinsam ausüben suchen, was man auch als die deutsch-französische Achse des Europa-Projekts bezeichnet. Sie ist zuletzt freilich etwas aus dem Rhythmus gekommen, und man muss abwarten, ob sie wieder in Ordnung gebracht werden kann. Deutschland ist zuletzt größer und mächtiger geworden, und Frankreich hat Schwierigkeiten mit den erforderlichen Reformen. Aber wirklich gefährlich sind Vorstellungen, in denen, wie bei Giorgio Agamben in seinem Artikel über ein „lateinisches Reich“ in Europa, ein Verband der romanischen Länder mit ihrem Lebensstil und ihren Identitäten gegen die angebliche germanische Dominanz in Stellung gebracht wird. Politische und ökonomische Probleme sind bearbeitbar, Identitätsfragen hingegen stellen Spaltungslinien her, die dann nicht mehr zu überwinden sind. Was aus dem Ersten Weltkrieg gelernt worden ist, kann auch schnell wieder verspielt werden. Agamben ist ein schönes Beispiel für den unseligen Einfluss, den eitle Intellektuelle dabei haben können. Im Übrigen haben

diese Gelehrten und Intellektuellen auch während des Ersten Weltkriegs eine unselige Rolle gespielt – aber das ist ein anderes Thema.

Der zweite Teilkrieg im Ersten Weltkrieg dreht sich um die Weltordnung des 20. Jahrhunderts. Anfang des 20. Jahrhunderts war klar, dass Großbritannien die Rolle, die es als ‚Weltpolizist‘ in der Vergangenheit gespielt hatte, in dem gerade begonnenen Jahrhundert nicht mehr würde spielen können. Zwei Konkurrenten waren ihm im Hinblick auf die Industriekapazitäten gefährlich nahegekommen bzw. hatten das Mutterland der Industrialisierung inzwischen überholt: die USA und das Deutsche Reich. Deutschland verlangte „seinen“ Anteil an der Weltherrschaft in Form von Kolonien und Seestützpunkten. Um das durchzusetzen, baute es eine gewaltige Kriegsflotte, die die Briten zu großen Rüstungsanstrengungen veranlasste. Dieser Konflikt war 1914 latent, aber nicht akut, und um seinetwillen wäre der Krieg 1914 nicht ausgebrochen. Aber als der Krieg begonnen hatte, wurde dieser Konflikt zu einem zentralen Bestandteil des Krieges, und in dessen Rahmen griffen 1917 dann auch die USA offen in den Krieg ein. Vermutlich war es dieser zweite Krieg im Ersten Weltkrieg, durch den Deutschland, allen militärischen Leistungen zum Trotz, den Krieg verloren hat. Den Krieg um die europäische Hegemonie allein hätte es vermutlich gewonnen, und den Krieg im Osten, auf den wir noch zu sprechen kommen werden, hat es bekanntlich gewonnen. Es war der zweite Teilkrieg, der für den Ausgang des Gesamtkrieges ausschlaggebend war.

Aber während der Kriegsausgang von 1918 längst Geschichte ist, sind die strukturellen Elemente dieses zweiten Krieges für die analytische Betrachtung der Gegenwart bedeutsam, und zwar im Hinblick auf die USA und China, die beiden großen politischen Protagonisten des 21. Jahrhunderts. Was wir nämlich seit geraumer Zeit beobachten, ist ein relativer Niedergang der USA als ‚Weltpolizist‘, der in mancher Hinsicht an den Niedergang des Britischen Empire zu Beginn des 20. Jahrhunderts erinnert. Deutlichster Ausdruck dessen ist die neue Schwerpunktsetzung von US-Präsident Obama, die dem pazifischen Raum bei einem Bedeutungsrückgang des atlantischen Raumes gilt. Dagegen sahen sich die USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch zu einer gleichzeitigen Machtprojektion in den atlantischen *und* den pazifischen Raum in der Lage. Zeiten des Niedergangs eines ‚Weltpolizisten‘ sind gefährliche Zeiten, weil damit das gesamte Ordnungsgefüge in Bewegung gerät. Eine erste, schon jetzt erkennbare Folge dessen ist das Disengagement der USA in Europa, das sich u.a. auch darin zeigt, dass sie die Bearbeitung des Ukraine-Konflikts weitgehend den Europäern überlassen. Die

Bundesrepublik Deutschland ist dadurch in diesen Konflikt in die Position der *lead nation* gekommen. Das wird auch Folgen für die Machtverteilung in Europa haben, und die Deutschen werden sorgsam darauf zu achten haben, dass sie sich dabei nicht so isolieren, wie das vor dem Ersten Weltkrieg der Fall war.

Der andere Punkt, der hier von Relevanz ist, sind die Position und Rolle Chinas, die der des Deutschen Reiches vor 1914 strukturell ähnlich sind: Ein rasanter ökonomischer Aufstieg, misstrauische Nachbarn, die den neuen Koloss in der Mitte des geopolitischen Raums kritisch beobachten, vor allem aber eine wachsende Abhängigkeit Chinas von Seetransporten für Rohstoffzufuhr und den Abfluss von Fertigprodukten. Doch die See wird von den USA beherrscht, wie vor 1914 von Großbritannien. Also haben die Chinesen, wie vor 1914 die Deutschen, mit dem Aufbau einer Kriegsflotte begonnen, was die ohnehin vorhandenen Spannungen mit den USA verschärft. Hier ist ein Risikopotential entstanden, das sich mit Hilfe der Betrachtung des Ersten Weltkriegs gut analysieren lässt. Selbstverständlich sind das nur strukturelle Ähnlichkeiten und keine zwangsläufigen Wiederholungen, aber es lohnt sich in jedem Fall, hier genau hinzuschauen.

Der dritte Krieg im „großen Krieg“ drehte sich um die politische Ordnung Mittel- und Osteuropas sowie um die des Nahen Ostens. Die Frage, die im Krieg zentral war, lautete: Würden diese Räume auch in Zukunft von multinationalen, multireligiösen und multilingualen Großreichen beherrscht werden, oder würden hier nach westeuropäischem Vorbild Nationalstaaten entstehen? Es ging um die Zukunft des Habsburgerreichs, das damals bis in die heutige Westukraine reichte, um die Zukunft des Zarenreichs, zu dem Finnland, die am Ende des Ersten Weltkriegs entstandenen baltischen Staaten und der größte Teil des einstigen Polens gehörten – allesamt Nationen, die nach staatlicher Selbstständigkeit strebten. Und schließlich ging es um die Zukunft des Osmanischen Reichs, das vom Schwarzen Meer bis zum Indischen Ozean und vom Mittelmeer bis nach Mesopotamien reichte. Bekanntlich sind alle diese Imperien oder Großreiche im Ersten Weltkrieg zerfallen bzw. zerschlagen worden, und es entstanden teilweise stabile Nationalstaaten und teilweise postimperiale Räume, in denen die eingangs erwähnten zwei Kriege des Jahres 2014, der Ukraine- und der Levantekrieg, geführt werden. Dazu so- gleich mehr. Zunächst aber doch noch die Feststellung: dieser dritte Konflikt war 1914 akut, nicht nur wegen der beiden Balkankriege von 1912 und 1913, sondern auch wegen der Schüsse von Sarajewo und der Niedergangsgänge in Wien. Österreich-Ungarn fürchtete um seinen Status als europäische Großmacht, wenn es nach der Ermordung

des Thronfolgers in Sarajewo nicht gegenüber Serbien „Stärke zeigte“. Es ging also um politisches Prestige als Währung der internationalen Politik und der in den internationalen Beziehungen geltenden Rangordnung, und es ist wohl unbestreitbar, dass derlei beim jüngsten Agieren der Russen auf der Krim und in der Ostukraine ebenfalls eine größere Rolle gespielt hat. Interessen sind das eine, Prestige ist das andere, was bei großen Mächten im Hinblick auf Krieg und Frieden von Bedeutung ist. Daran hat sich trotz UN-Charta nicht viel geändert. Aber offene Angriffskriege zu führen kann sich aus legitimatorischen Gründen heute keine Macht mehr leisten. Also wird der Krieg hybridisiert, d.h. es werden Elemente des Friedens eingemischt, Bürgerkrieg und Staatenkrieg werden ineinander verwoben usw., allesamt Entwicklungen, die wir in der Ukraine beobachten können, also auch hier: Ähnlichkeit und Differenz.

Aber noch wichtiger sind bei einem Vergleich zwischen 1914 und 2014 die beiden post-imperialen Räume: der zwischen dem westlichen Balkan und dem Kaspischen Meer unter Einschluss von Moldawien, Transnistrien und der Ukraine sowie der zwischen Anatolien und dem Jemen, vom Irak bis zum Libanon. Es sind dies beides Räume, die aus dem Zerfall der Imperien hervorgegangen sind und in denen keine stabile Ordnung entstanden ist. Alle Kriege an der europäischen Peripherie nach 1990 haben in diesen Räumen stattgefunden, von den jugoslawischen Zerfallskriegen über die Kriege im Kaukasus bis zu den beiden Irakkriegen der USA sowie dem Bürgerkrieg in Syrien. Das ist der Raum, der uns Europäer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschäftigen wird, und wir haben keine greifbaren Konzepte zur Herstellung einer stabilen Ordnung. Selbst beim Westbalkan können wir nicht sicher sein, ob die dort notdürftig hergestellte Ordnung halten wird. Der Blick auf 1914 zeigt, wie gefährlich solche Räume sind, selbst wenn sie peripher liegen. Die größte Gefahr für den Frieden liegt darin, dass man sich um diese Räume nicht kümmert und die Ereignisse laufen lässt.

Postimperiale Räume sind nämlich auch geeignet, neoimperiale Träume freizusetzen und politisch akut werden zu lassen. Wir wissen nicht mit Sicherheit, was Putin oder auch Erdogan vorhaben, aber es ist erkennbar, dass bei beiden die Angst vor dem Übergreifen der postimperialen Konflikte auf ihr eigenes Staatsgebiet sich mit der Vorstellung verbindet, man könne den Krieg nutzen, um, zumindest ein wenig, von der alten imperialen Ordnung wieder herzustellen. Wie weit diese neoimperialen Träume reichen und in welchem Maße sie politisch handlungsleitend sind, das ist eine weitere Ähnlichkeit mit 1914: Man wusste wechselseitig voneinander, dass Vorstellungen von imperia-

ler Expansion vorhanden waren, aber man wusste nicht, wie weit diese gingen und wie stark sie das operative Agieren der Regierungen bestimmten. Als man schließlich im Juli 1914 das Schlimmste annahm, war der Weg in den Krieg definitiv eingeschlagen. Von da an gab es kein Zurück mehr.

3. Geschichte wiederholt sich nicht, aber kann man dennoch aus ihr lernen

Wenn man sich mit historischen Ereignissen beschäftigt, lässt sich in der Regel leicht erkennen, was falsch gelaufen ist bzw. welche Fehler die Akteure gemacht haben. Und vor allem kann man sehen, was eher falsch als richtig aus der Geschichte gelernt worden ist. Im Prinzip ist der Begriff „Lernen“ ohne weitere Spezifizierung positiv konnotiert. Aber nicht jedes Lernen ist in einem nachhaltigen Sinn richtiges Lernen – das kann man nirgendwo besser sehen als am Lernen aus dem Ersten Weltkrieg. Die deutsche Seite hat daraus vor allem politisch-militärisch gelernt: Zunächst, dass es gefährlich sei, einen Zweifrontenkrieg zu führen, und dementsprechend haben Hitler und die Wehrmachtsführung Ende der 1930er Jahre den Krieg als eine sequenzialisierte Auseinandersetzung geplant, in der zunächst kleinere Nachbarn der Reihe nach ausgeschaltet werden sollten, und danach sorgte der Hitler-Stalin-Pakt dafür, dass die Wehrmacht bis zum D-Day, der Landung der Westalliierten in der Normandie, sich jeweils auf eine Front konzentrieren konnte, dass ein Zweifrontenkrieg vermieden wurde. Weiterhin hatte man gelernt, dass der norwegischen Atlantikküste im Krieg mit der Seemacht Großbritannien eine Schlüsselfunktion zukam, da man, wenn man diese Küste kontrollierte, nicht in der Nordsee „eingeschlossen“ werden konnte, wie das im Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war. Also besetzte die Wehrmacht im Frühjahr 1940 Dänemark und Norwegen, um eine bessere Ausgangsbasis für den Krieg gegen die Briten zu haben. Und schließlich hatte man auch gelernt, wie man durch den konzentrierten Einsatz von Panzerverbänden, die von Sturzkampfbombern als „fliegender Artillerie“ unterstützt wurden, den Krieg wieder schnell und beweglich machen konnte, um eine Wiederholung des Stellungskriegs an der Westfront von 1914 bis 1918 zu vermeiden. All das war jedoch ein Lernen, das zu kurz griff, denn am Schluss endete der Krieg von 1939 bis 1945 erneut mit einer deutschen Niederlage, und diesmal mit einer, an deren Eindeutigkeit es keinerlei Zweifel gab. Man hatte ganz offensichtlich das Falsche gelernt.

Aber auch Briten und Franzosen hatten mit dem Lernen aus dem Ersten Weltkrieg zunächst kein Glück: In Reaktion auf die Erpressungen Hitlers versuchten sie, die diplo-

matische Karte im Spiel zu halten, weil sie eine schnelle Eskalation zum Krieg, wie sie in der Julikrise 1914 stattgefunden hatte, vermeiden wollten. Aber der Gegenüber, mit dem sie es jetzt zu tun hatten, sah darin nur ein Zeichen der Schwäche und erhöhte darum kontinuierlich den Preis für die Beibehaltung des Friedens. So gingen Daladier und Chamberlain 1938 in die Falle ihres Lernens und stimmten im Münchner Abkommen einer Ausdehnung Deutschlands zu, die, wenn sie 1919 die Grundlage der Versailler Friedensverhandlungen gewesen wäre, womöglich zu einem dauerhaften Frieden in Europa gesorgt hätte. Im Umgang mit Hitler hatte das jedoch die gegenteilige Konsequenz. Auch die Westmächte hatten aus dem Krieg etwas gelernt, was in der konkreten Situation, in der es zum Tragen kam, das Falsche war. Offenbar gibt es kein einfaches Lernen aus früheren Ereignissen und Entwicklungen, das mit der Aufschrift „lesson learned“ versehen und so abgelegt werden kann, sondern jedes Lernergebnis muss von der politisch-historischen Urteilskraft immer wieder neu evaluiert und geprüft werden. Wo das nicht der Fall ist, tappen politische Akteure mit schöner Regelmäßigkeit in die Falle historischer Analogien.

Aber vielleicht lässt sich aus der Julikrise von 1914 doch etwas für die gegenwärtige Herausforderung im Umgang mit Russland lernen – oder besser: man hätte daraus lernen können, wenn man in Brüssel etwas aufmerksamer und klüger gewesen wäre, als man es tatsächlich war. Die Entscheidungen, die im Juli 1914 in Wien und Berlin getroffen wurden, sind nämlich unter dem Eindruck von Ängsten und Besorgnissen entstanden und wahrscheinlich hätte man andere Entscheidungen getroffen, wenn die Gegenseite, diese Ängste stärker berücksichtigt hätte. Womöglich haben auch Paris, St. Petersburg, und sogar London unter dem Eindruck solcher Ängste gehandelt. Es geht um die Niedergangsängste in Wien, die Furcht, wenn man dieses Mal den Krieg nicht wage, dann endgültig aus dem Kreis der europäischen Großmächte auszuschneiden, und um die Einkreisungsängste in Berlin, also das Gefühl, von einer Koalition der Franzosen und Russen umschlossen zu sein und die günstige Gelegenheit wahrnehmen zu sollen, den Ring der Einkreisungsmächte politisch oder notfalls auch militärisch aufzusprengen, bevor die Gegenseite eine noch größere Überlegenheit ausgebildet hätte. Das lässt sich auf Russland im Frühjahr 2014 übertragen. Die politisch-militärische Elite in Moskau agierte unter dem Einfluss von Niedergangs- und Einkreisungsängsten und wollte vermeiden, dass ihr im Schwarzmeergebiet dasselbe Schicksal widerfuhr wie an der Ostsee, wo sie einmal eine Macht gewesen war, jetzt aber keinen rechten Zugang zum Meer mehr hatte. Das hätte bei einer weiteren Anlehnung der Ukraine mitsamt der

Krim an den Westen im Schwarzen Meer ebenfalls gedroht. Man hätte diese russische Angst bei den Assoziierungsverhandlungen der Ukraine mit der EU stärker berücksichtigen müssen, selbst wenn man sie für unbegründet hielt. Nicht die Berechtigung, sondern die bloße Existenz von Ängsten ist politisch ausschlaggebend. Man kann sehen, dass die Europäer 2014 offenbar nicht gelernt haben, was man aus 1914 unschwer hätte lernen können. Was dabei offenbar im Wege gestanden hat, war die Kriegsschuldfrage bzw. die Zuweisung der Allein- oder doch Hauptschuld am Krieg an das Deutsche Reich. Wenn man einen solchen Schuldigen ausgemacht hat, braucht man sich sonst keine Gedanken mehr machen. Das ist eine weitere Falle beim Lernen.

4. Das Schuld- und das Verantwortungsparadigma

Man kann auch aus den Krisenverläufen des Jahres 2014 einiges über die Dynamik der Julikrise von 1914 lernen – zumal in Anbetracht dessen, dass bei der historischen Rekonstruktion lange zurückliegender Ereignisse der Eindruck einer Klarheit und Übersichtlichkeit von Entscheidungsabläufen suggeriert wird, wie es diesen im Augenblick des Geschehens nicht gegeben hat. Der Geschehenszusammenhang ist für die in ihn Involvierten viel komplexer und unübersichtlicher als für den späteren Historiker, der sich beliebig viel Zeit für die Prüfung der Dokumente, die Hermeneutik von Texten und die Rekonstruktion von Zeitabfolgen nehmen kann. Und der das unter den Bedingungen tendenziell vollständiger Informationen und einer fehlenden Stressbelastung tun kann. Das wird zum Beurteilungsproblem, wenn es um die Zuweisung von Schuld und die Zuschreibung von Absichten sowie eines zielgerichteten Handelns geht. Die spätere Rekonstruktion eines Geschehensablaufs beschreibt diesen in der Regel als viel zielgerichteter und absichtsvoller, als er unter dem Zeitdruck von Aktion und Reaktion, dem tastenden Versuch, die Absichten der Gegenseite wie der Verbündeten zu erkennen, und in Anbetracht der eigenen Ängste und Befürchtungen gewesen ist. Das kann man beim Blick auf den Verlauf der Ukrainekrise im Frühjahr und Sommer 2014 gut erkennen.

Die Späteren wissen vieles besser als die Gegenwärtigen, und die bloßen Beobachter befinden sich obendrein in einer komfortableren Situation als die ins Geschehen verstrickten Akteure. Das kann leicht zum Besserwisserischen und schließlich zum Fehlurteil ausschlagen, indem Entscheidungen mit Motiven und Zielsetzungen unterlegt werden, die dem nachträglichen Bedürfnis entspringen, ein aus der Retrospektive sonst unverständliches und irrationales Geschehen nachvollziehbar zu machen. Die Gefahr des-

sen wächst, je mehr die Darstellung eines Geschehens, hier also des Ersten Weltkriegs, allein aus der Perspektive eines einzigen Akteurs vorgenommen wird. Die vergleichende Herangehensweise und die Betrachtung von Abläufen als dynamische Interaktion sind ein unverzichtbares Gegenmittel zu solchen Einseitigkeiten. Sie sind in der Weltkriegsforschung lange unbeachtet geblieben, jedenfalls zu wenig berücksichtigt worden, und daraus haben sich einseitige Betrachtungen entwickelt, die mehr verzerrt als geklärt haben. Die Arbeiten Fritz Fischers aus den 1990er Jahren sind ein Beispiel dafür.

Was bei einer solchen Herangehensweise im Zentrum steht, ist das Schuldparadigma, das einen Akteur herausgreift und ihn nicht nur für bestimmte Abläufe verantwortlich macht, sondern ihm auch eine *Absicht* für das Geschehen, wenn nicht gar dessen systematische Planung und Vorbereitung zuschreibt. Das, was passiert ist, hat der Schuldige so gewollt. In der Zuschreibung dieses Wollens unterscheidet sich das Schuldparadigma vom Verantwortungsparadigma, das solche Annahmen über langfristige Pläne, verborgene Absichten und eine weithin einseitige Verteilung von Verantwortung nicht kennt. Das Verantwortungsparadigma sieht Verantwortlichkeiten bei *allen* kriegsbeteiligten Mächten, wenn auch von unterschiedlichem Gewicht und unterschiedlicher Reichweite. Dagegen ist das Schuldparadigma der Stiefbrüder der Vorstellung von einem Kampf der Guten gegen die Bösen. Eine solche Herangehensweise ist für den Zweiten Weltkrieg sehr viel eher zutreffend als für den Ersten, wo sich gut und böse keineswegs so eindeutig und ein für allemal zuordnen lassen. Das jedenfalls ist eines der Resümees aus den Debatten des Jahres 2014 über den Kriegsausbruch von 1914. Die Überblendung der Julikrise 1914 mit Hitlers Agieren in den Jahren 1938/39 verstellt eher den Zugang zum Ersten Weltkrieg, als dass sie ihn öffnet. Lassen Sie mich das abschließend mit Blick auf die Ukrainekrise noch kurz dieses Jahres erläutern.

Man kann diese Krise und den hybriden Krieg nach den Vorgaben des Schuldparadigmas beschreiben: Putin und seine Umgebung haben dann den Plan zur Errichtung eines eurasischen Großreichs, und nach dem Georgienkrieg ist der Ukrainekrieg der zweite Schritt bei dessen Realisierung. Man muss damit rechnen, dass die baltischen Staaten die nächsten sind, die von Russland in solche hybriden Kriege verwickelt werden. Gemäß dem Schuldparadigma ist Russland eine aggressive Macht, die hemmungslos, aber raffiniert ihre neoimperialen Träume zu verwirklichen versucht. Das verlangt ein entsprechendes Gegenhandeln des Westens, der prinzipiell in der Rolle des Angegriffenen, des Verteidigers ist, während Putin und seine Leute notorisch aggressiv sind und die

Rolle des Angreifers einnehmen. Im Schuldparadigma sind Wilhelm und Wladimir in derselben, politisch wie moralisch eindeutigen Position: der des Schuldigen.

Das Verantwortungsparadigma dagegen kennt solche politischen und moralischen Eindeutigkeiten nicht; es verzichtet auf die Unterstellung eines langfristig angelegten, systematisch verfolgten Plans der Gegenseite und begreift den Weg in die Krise als eine Abfolge von Entscheidungen, die unter unvollständigen Informationen und in Unkenntnis des daraus tatsächlich Folgenden getroffen worden sind. Diese Entscheidungen sind mit einem größeren oder kleineren Verantwortungsbewusstsein getroffen worden, und in jedem Fall haben sie Folgen gezeitigt, für die die Entscheider verantwortlich waren. Das lässt sich beim Weg in den Ersten Weltkrieg ebenso aufzeigen wie im Vorfeld der Ukraine Krise, und in beiden Fällen zeigt sich dabei, dass *beide Seiten* daran beteiligt waren. Eine alleinige Schuld lässt sich darum nicht ausmachen. Es handelt sich nicht um einen Kampf des Guten gegen das Böse, und deswegen gab und gibt es immer auch die Möglichkeit, den Weg in den Krieg zu stoppen. Das dürfte im Levantekrieg anders sein. Aber im Ukrainekrieg ist das zweifellos so. Auch hier beobachten wir Ähnlichkeiten und Unterschiede und können daraus Schlussfolgerungen und Konsequenzen ziehen. Wir lernen, indem wir vergleichen; wir verweigern Lernen, indem wir gleichsetzen. Und wir blockieren Lernen, indem wir prinzipiell mit dem Schuldparadigma und der Vorstellung von einem Kampf zwischen Gut und Böse an die politische Welt herantreten.